

Vorsitzender KTM Dr. Griesse informierte den Ausschuss darüber, dass Frau Boddenberg ihr Rederecht als Antragstellerin des Bürgerantrages nutzen werde.

Frau Boddenberg begründete den von ihr gestellten Bürgerantrag. Aus ihrer Sicht sprechen Gründe des Immissionsschutzes, des Trinkwasser- und Quellschutzes, des Natur- und Artenschutzes und des Denkmalschutzes gegen eine Erdendeponie in Hennef-Meisenbach.

Vorsitzender KTM Dr. Griesse dankte Frau Boddenberg für ihren Redebeitrag.

KTM Grünewald bedankte sich bei Frau Boddenberg. Sie lobte sowohl das Engagement der Bürgerinitiative als auch die Vorgehensweise der RSAG.

SkB Kuhn lobte den Einsatz der Bürgerinitiative. Er argumentierte, dass ein frühes Engagement vorteilhafter sei, um mit möglichen Problemen des Projektes umzugehen.

KTM Anschütz dankte der Bürgerinitiative und erklärte, dass von Seiten der Politik kein Einfluss auf die Entscheidung der Verwaltung genommen werden könne.

SkB Albrecht dankte der Bürgerinitiative und erklärte, dass er sicher sei, dass die RSAG die Einwände der Bürgerinitiative beachten werde und die Verwaltung eine vollumfängliche Prüfung des Antrages für die Deponie vornehmen werde.

SkB Schön fragte, wie lange die jetzt bestehenden Erd- und Bauschuttdeponien noch Reserven zur Aufnahme haben. Weiter fragte er, wie vorgegangen werde, falls die neue Deponie noch nicht fertiggestellt sei, wenn alle bestehenden Kapazitäten zur Aufnahme ausgeschöpft seien.

Herr Hahlen erklärte, dass die Verwaltung ca. ein Jahr benötige, um den Antrag der RSAG zu prüfen, sobald dieser vorliege. Falls die Kapazitäten der bestehenden Erd- und Bauschuttdeponien ausgeschöpft seien, bevor die neue Deponie errichtet sei, werde es erforderlich, weiter entfernte Deponien zu nutzen.

Er sicherte Frau Boddenberg zu, dass die Verwaltung die Bürgerinitiative über den Eingang eines Genehmigungsantrages informieren und in der Prüfung des Antrages die Einwände der Bürgerinitiative untersuchen werde.

Vorsitzender KTM Dr. Griesse schlug folgenden Beschlussvorschlag vor und ließ über ihn abstimmen:

*„Der Ausschuss nimmt den Bürgerantrag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Er bittet die Verwaltung, im Falle des Eingangs eines Antrags auf Genehmigung einer Erddeponie in Hennef-Meisenbach die im Bürgerantrag aufgeworfenen Fragestellungen im Rahmen ihrer Prüfung – soweit rechtlich zulässig – zu berücksichtigen.“*